



SPD

Steife Brise



Windrichtung im September & Oktober:

Aktuell

Olympia-
Referendum

Seite 3

Aus der
Bürgerschaft

Flüchtlinge

Seite 4-6

Der Blick
nach außen

Labour

Seite 8-9

Dies & Das

Geburtstage,
Termine und
Kontakte
Seite 10-11

Verschiedenes

Anträge

Seite 12

Werde Freund von
E-Süd auf **Facebook!**

Suche: „SPD Eimsbüttel Süd“
und sende eine
Freundschaftsanfrage

www.spd-eimsbuettel-sued.de

Klausur- Wochenende:

Hitzacker

13.-15.11.2015

Programm / Anmeldung siehe S. 7

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine Abstimmung steht uns dieses Jahr noch ins Haus: Das Olympia-Referendum im November. Ab Ende Oktober werden Briefwahlunterlagen versandt und bis zum 29.11. haben die Hamburgerinnen und Hamburger Zeit, ihr Kreuzchen zu machen: Soll sich Deutschland mit Hamburg für die Olympischen Sommerspiele und die Paralympischen Spiele 2024 bewerben?

Wenn die Bürgerinnen und Bürger überwiegend mit „Ja“ stimmen, wird der Hamburger Senat unter Olaf Scholz die Bewerbungsunterlagen nächstes Jahr beim IOC einreichen - im Sommer 2017 entscheiden dann die IOC-Mitglieder, ob die Spiele von Los Angeles, Rom, Paris, Budapest oder eben Hamburg ausgetragen werden.

Olympia bietet viele Chancen und natürlich auch Risiken (siehe dazu Seite 3). Die Hamburgerinnen und Hamburger entscheiden. Wir als SPD E-Süd werden ab Anfang November rausgehen und den Menschen Rede und Antwort stehen.

Ein ganz anderes Thema gehen wir in dieser Ausgabe der *Brise* ebenso an. In Europa ist seit geraumer Zeit (siehe auch ältere Ausgaben der *Brise*) ein politischer Prozess im Gange, der die arrivierten Parteien vor immer größere Herausforderungen stellt. Auf der einen Seite zunehmende Unsicherheiten (EU- und Euro-Krise, Ukraine, der IS, Flüchtlingsbewegungen) und die damit verbundenen Sehnsüchte der Menschen nach einfachen Antworten und nach (vermeintlichen) Sicherheiten und nach Identität. Der Zuspruch für rechts-populistische Parteien nimmt zu, und die Sozialdemokratien, die immer auch für die Schwächeren der Gesellschaft eingetreten sind, stagnieren oder verlieren an Zuspruch.

Gleichzeitig entstehen Parteien wie die spanischen *Podemos* oder die italienische *MoVimento5*, die neue Wählerschichten ansprechen - und die britischen Sozialdemokraten wählen einen „Linken“ zum Parteivorsitzenden - siehe dazu S. 8f in dieser *Brise*.

Viel Spaß beim Lesen!

Mit herzlichen Grüßen

Eure Steife Brise-Redaktion

Aktuell:

Olympia-Referendum

Im November stimmen die Hamburgerinnen und Hamburger darüber ab, ob sich Deutschland und die Stadt Hamburg für die Olympischen Sommerspiele und die Paralympischen Spiele im Jahr 2024 bewerben sollen.

Hamburg hat letztes Jahr seinen Hut in den Ring geworfen und sich dieses Frühjahr auf nationaler Ebene gegen Berlin durchgesetzt (Entscheidung des Deutschen Olympischen Komitees). Das Bewerbungsprozedere ließ wenig zeitlichen Spielraum, und die Stadt Hamburg musste sich im zügigen Tempo auf die **Bewerbungsphase 2016** vorbereiten. Da es für Bürgerschaft und Senat eine Grundbedingung ist, dass einer Bewerbung ein positiver Entscheid der Bürgerinnen und Bürger vorausgeht, wurde in kurzer Zeit das Gesetz (zum Volksentscheid) erweitert um die Möglichkeit eines Referendums (das von Senat/Bürgerschaft initiiert und beschlossen werden kann).

Vor dem Referendum hat der Senat weitere, verschiedene Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung angeboten - zudem wurden diverse Konzepte (Mobilität, Nachhaltigkeit, Sportsstätten, Innen) und ein Finanzreport vorgelegt. Die Bürgerschaft (mit den Fachausschüssen) berät dazu.

Der Bürgermeister hat jüngst deutlich gemacht, dass sich die Stadt Hamburg mit max. 1,2 Mrd. Euro an der Durchführung der Olympischen Spiele beteiligt - damit müsste der Bund rund 6 Mrd. Euro aufbringen, um die jetzt anvisierten Gesamtkosten (aus öffentlichen Mitteln) zu stemmen. Eine Einigung hierzu steht noch aus.

Hauptargument für die Austragung der Olympischen und Paralympische Spiele ist neben der Einzigartigkeit dieses Sportereignisses die enorme Investitionssumme, die durch den Bund, private Gelder und den IOC nach Hamburg fließt. Verschiedene Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Sportstätten) wie auch die Entwicklung eines neuen Stadtteils (Kleiner Grasbrook) sind reizvolle Gesichtspunkte einer Bewerbung, die natürlich auch Risiken beinhaltet: Werden die Kosten im kalkulierbaren Rahmen bleiben (Pro: gesetzlich vorgeschriebenes *Kostenstabiles Bauen*), wie sieht die Sicherheitslage 2024 aus (Pro: keine Bundeswehr im Innern), wie weit kann das IOC die Stadt Hamburg „zwingen“, unliebsame Maßnahmen durchzuführen?

Die Hamburger SPD setzt sich für eine Bewerbung ein, da sie in der Austragung der Spiele eine einmalige positive Chance für die Stadt sieht.

Aus der Bürgerschaft:

Angesichts der rasant steigenden Flüchtlingszahlen sind ein kühler Kopf, Mut und Geduld gefordert!

In diesem Jahr werden mehr Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland kommen als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Zuzug hat in den letzten Wochen noch einmal deutlich an Dynamik gewonnen. In den Medien werden nahezu täglich neue, höhere Prognosen genannt und viele Fragen sich, wo alles hinführen und wie wir alles schaffen können.

Und in der Tat mangelt es inzwischen an vielem: Zurzeit erreichen täglich etwa 400-600 Flüchtlinge unsere Stadt. Nicht alle bleiben, aber bis zur Verteilung auf die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel benötigen sie zumindest ein Dach über dem Kopf. Inzwischen müssen wir dabei z.B. regelhaft auf leerstehende Baumärkte zurückgreifen. Es fehlt Personal und in vielen Fällen selbst an Betten.

Wir dürfen uns von dieser angespannten Situation nicht entmutigen lassen. Es ist wahr, uns, vor allem aber den Flüchtlingen, die zu uns kommen, steht ein harter, schwieriger Winter bevor. Um Obdachlosigkeit zu verhindern, ist es nötig, Notmaßnahmen zu ergreifen. Dabei können wir im Hinblick auf die tatsächlichen Unterbringungsstandards unsere eigenen Ansprüche nicht mehr erfüllen. Niemand findet es in Ordnung oder gar angemessen, 600 Menschen über Monate in einem kahlen Baumarkt ohne jegliche Privatsphäre unterzubringen - allein: Es geht in den nächsten Monaten nicht anders. Die Alternative wäre, keine weiteren Flüchtlinge mehr in Hamburg und Deutschland aufzunehmen und dann zuzusehen, wie sich in den Staaten auf der sogenannten Balkanroute humanitäre Tragödien abspielen.

Für Senat und Bürgerschaft gilt es, neben dem akuten Krisenmanagement nicht zu versäumen, die notwendigen Weichen dafür zu stellen, diejenigen Flüchtlinge, die dauerhaft bei uns bleiben werden, möglichst zügig und gut zu integrieren. Beiden Aufgaben stellen wir uns. Allein im letzten Monat wurden wichtige Schritte auf den Weg gebracht: Um die Notunterbringung zu gewährleisten haben wir die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, leerstehende Gewerbeimmobilien zur Not sicherzustellen, sollte der Eigentümer sich weigern, sie zum Zwecke der Flüchtlingsunterbringung zu vermieten. Um möglichst schnell die Möglichkeit zu schaffen, dass die Flüchtlinge aus den Notunterkünften ausziehen können, wollen wir im nächsten Jahr über 5.000 zusätzliche Wohnungen bauen, die zunächst als Flüchtlingsunterkünfte, später als reguläre Sozialwohnungen genutzt werden sollen. Wir werden die Beschulung derjenigen Jugendlichen, die erst im Alter von 16 Jahren zu uns kommen, substantiell verbessern und in ein Ganztagsangebot mit betrieblichen Praxisanteilen umwandeln. Und wir haben mit dem Projekt W.I.R. (work and integration for refugees) ein Instrument geschaffen, um die beruflichen Qualifikationen von Flüchtlingen mit guter Bleibereichtsperspektive möglichst frühzeitig zu erfassen und Arbeitsförderungsmaßnahmen einzuleiten - denn die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Schlüssel für eine gelungene generelle Integration.

Der Senat handelt in Hamburg entschlossen und stellt wichtige Weichen. Und auf Bundesebene ist es immer wieder der Bürgermeister, der wichtige Impulse setzt, um im diesem Bereich neue Wege zu gehen - sei es durch seinen Vorschlag für einen Arbeitsmarktkorridor für Menschen aus dem sog. „Westbalkan“, sei es durch seinen jüngsten Vorstoß für eine Art Arbeitnehmerfreizügigkeit für anerkannte Flüchtlinge in Europa.

Es werden viele weitere Maßnahmen folgen, denn die neue Situation zwingt uns, viele bisherige Planungen noch einmal zu überarbeiten und neue Instrumente zu entwickeln, damit uns die Integration derjenigen, die bei uns bleiben, möglichst gut gelingt.

Doch dabei sollten wir uns keine Illusionen machen: Es wird ein langer Weg. Viele Hoffnungen, mit denen die Menschen zu uns kommen, werden sich nicht - vor allem nicht schnell - erfüllen. Viele Maßnahmen, die wir heute einleiten, werden erst in vielen Monaten oder auch Jahren wirken. Wir, vor allem aber auch die Flüchtlinge, brauchen viel Geduld und werden lange Zeit mit Provisorien leben müssen, die nicht immer unseren eigenen Wünschen und Ansprüchen genügen werden. Das werden wir alle gemeinsam angehen müssen - solidarisch und mit viel Verständnis füreinander.

Es wird schwierig, anstrengend und konfliktreich - aber wir dürfen nie vergessen, warum wir diesen Weg gehen: Um Menschen in Not, die vor Krieg und Terror flüchten, Schutz und eine neue Heimat zu geben. Hamburg und Deutschland sind in der materiellen Lage, Hunderttausende Flüchtlinge aufzunehmen. Wir tun das Richtige.

Autor: Uwe Giffei, MdHB

Gedanke der Woche

„Die EU handelt paradox: Auf der einen Seite schützt sie Asylsuchende und Flüchtlinge, die die EU erreichen. Auf der anderen Seite tut sie alles dafür, damit sie die EU nicht erreichen. Zwar darf man nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht belangt werden, wenn man illegal einreist, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu suchen. Aber es ist nach EU Recht strafbar, Personen ohne gültige Ausweispapiere und Visa in die EU zu transportieren.“

Herbert Brücker, Migrationsforscher, Uni. Bremen

[Aus: Freitag vom 16.10.2015 und 3sat online](#)

Klausurwochenende

Hitzacker

Die SPD Eimsbüttel Süd fährt wieder ins Wendland - nicht nur, um Genossinnen und Genossen die Möglichkeit zu geben, den Distrikt und seine Aktiven besser kennenzulernen, sondern auch um politisch zu diskutieren - und sich in Seminaren zu bilden.

Hierzu haben wir dieses Jahr besonders viel anzubieten: Am Samstag ist unser Bundestagsabgeordneter und außenpolitischer Sprecher der Fraktion, Niels Annen, bei uns, um über aktuelle Themen der Außenpolitik zu sprechen.

Nachmittags haben wir das Glück, dass ein weiterer Fachsprecher der Bundestagsfraktion zu uns kommt: Matthias Miersch. Matthias ist Obmann im Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit - wir wollen zur Frage: Wohin geht es in der Stadtentwicklung, hier der Fokus: Umwelt- und Energiefragen, mit ihm diskutieren. Matthias ist auch Vorsitzender des Parlamentarischen Linken im Bundestag. Auch dazu wollen wir mit ihm sprechen.

Am Sonntag wird uns der Genosse Jan Pörksen, Staatsrat in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, vieles zum Thema „Flüchtlinge“ erzählen.

Abschließend werden wir über (weitere) aktuelle Themen im Bezirk mit unseren Vertreterinnen in der Bezirksversammlung sprechen.

Die Teilnahme ist wie folgt möglich: Anmeldungen bitte bis zum 24.10. bei Oliver Trede (email/telefonisch, siehe S. 10). Der Kostenbeitrag liegt bei 180 Euro (Zahlung vor Ort/im Nachgang - Ermäßigungen bitte erfragen). Im Preis enthalten sind: 2 Übernachtungen im EZ, Malzeiten, Kegeln, Seminare.

Wir freuen uns auf eure Teilnahme - gerade auch von Neumitgliedern, Zugezogenen und anderen Politik Interessierten.

Ein Blick nach außen:

Gegenwart und Zukunft von Labour

Straight talking - honest politics. Mit diesen Worten ist der Parteitag von Labour, der jüngst im schönen Badeort Brighton an der Südküste Englands stattfand, überschrieben gewesen. An der Spitze der 115 Jahre alten britischen sozialdemokratischen Partei steht Jeremy Corbyn. Corbyn ist im September in einer Mitgliederentscheidung zum neuen Parteivorsitzenden gewählt worden. Viel ist während des Wahlkampfes, aber auch nach Auszählung der Stimmen in der Öffentlichkeit gesagt worden. Von „Linksruck“ bis „Sozialist an der Spitze von Labour“ bis hin zur Prognose, dass bei den kommenden Unterhauswahlen (2020) Labour in der Bedeutungslosigkeit verschwinden werde, da sie als „radikal linke“ Partei kaum noch Unterstützung bei den Briten finden würde. Die Konservativen frohlocken.

Was steckt aber tatsächlich hinter Labour und Jeremy Corbyn? Besonders an der Wahl zum Labour-Vorsitzenden waren vor allem die hohe Beteiligung und die Zahl der Neumitglieder. Die Partei hat während der Wahlkampagne 160.000 Mitglieder gewonnen. In den ersten fünf Tagen nach Corbyns Sieg sind Labour mehr als 50 000 neue Mitglieder zugeströmt, und der Andrang hält weiter an.

Mit Jeremy Corbyn trat ein absoluter Außenseiter um den Vorsitz der britischen Labour Party an. Er galt als Hinterbänkler ohne Hausmacht, ohne Regierungs- oder Parteiamt, ein „ewiger Rebell“, der allerdings seit 1983 seinen Wahlkreis im Norden Londons acht Mal in Folge gewonnen hatte - und mehr als 500mal im Unterhaus gegen die Parteilinie stimmte.

Und nun das Ergebnis: Fast 60% der Stimmen im ersten Wahlgang. Damit übertraf er sogar Tony Blair, der 1994 auf 57% gekommen war. Die anderen drei Kandidaten verwies Corbyn weit abgeschlagen auf die Plätze - Andy Burnham kam auf 19%, Yvette Cooper auf 17% und die „Blair“-Kandidaten Liz Kendall auf gerade einmal 4.5%. Bemerkenswert an der Wahl Corbyns war auch, dass nur eine verschwindend geringe Minderheit der Unterhausabgeordneten (20 von 232) für ihn gestimmt, und nur 500 der über 6000 Gemeinderäte ihn unterstützt haben.

Ausschlaggebend für den Wahlsieg waren zwei Aspekte: Zum einen die erstaunliche **Mobilisierung** von Leuten innerhalb und außerhalb der Partei, die sich Politik und/oder Labour abgewandt hatten. In diesem Wahlkampf wirkte Labour wie die Massenbewegung, aus der die Partei einst entstanden war.

Corbyn setzte zweitens auf eine einfache **Kernbotschaft**, die das mehrheitliche Denken in Politik, Medien und (Teilen der) Wissenschaft auf den Kopf stellt: Es gibt praktikable Alternativen zur Austeritätspolitik. Dazu betonte Corbyn den Kampf für eine bessere (Binnen-)Wirtschaft, dessen Kern nicht die Finanzwelt darstellt, und den Einsatz gegen Armut und Ungleichheit in der britischen Gesellschaft (vor allem besteht in England ein großer monetärer Gegensatz zwischen der Metropolregion London und dem Rest des Landes, insbesondere ehemaligen Industriestädten wie Birmingham oder Leeds).

Corbyn und sein „Brain“, Schatten-Finanzminister John McDonnell, fokussieren sich auf die ökonomischen und sozialen Kosten der **Austeritätspolitik**, die aus ihrer Sicht insbesondere zu Lasten der prekär Beschäftigten, der Armen und der Sozialleistungsempfänger, der Rentner, der Jüngeren sowie der Arbeitslosen und der Klein- und Niedrigverdiener gehen. Sie setzen auf Reformen des Sozialstaats, des National Health Service und des öffentlichen Sektors. Zur Finanzierung haben sie ihren Blick auf Steuerprivilegien der großen Unternehmen sowie der hohen Einkommen und Vermögen gerichtet, ebenso auf eine andere Politik der britischen Zentralbank (Stichwort: *Quantitative Easing*, Gelder, mit denen Investitionen in Infrastruktur- und Wohnungsbau gelenkt werden können). Auch spricht Corbyn von einem Revival öffentlichen Eigentums - der Renationalisierung privatisierter Unternehmen des öffentlichen Sektors wie der Bahn, der Wasserwerke oder der Strom- und Gaserzeugung.

In seiner viel beachteten (und von den Delegierten frenetisch bejubelten) **Parteitage**srede machte Corbyn nochmals deutlich: Die Partei brauche eine „real debate“, den Leuten muss zugehört, ihre Ideen müssen wahrgenommen und ihre Anregungen berücksichtigt werden. Wichtig, neben „to challenge austerity and reforming the economy“, sind Corbyn ganz persönlich auch zwei Aspekte: Der ernsthafte globale Einsatz für Menschenrechte - und die Umweltpolitik.

Viele Menschen - gerade Sozialdemokraten - empfinden diese Ansätze und diese Schwerpunkte als richtig. Corbyn hat den Mut, dafür vehement und glaubwürdig einzutreten.

Termine

Laternenumzug

Di, 3.11., 18.30 Uhr

Start: Sternschanzenpark, Eingang ggü. U-Bahn Schlump

Anschl.: Stockbrot im Café SternChance

Info-Stand Olympia

Sa, 7.11., 11-13 Uhr

Fanny-Mendelssohn-Platz

Distriktsvorstand

Di, 10.11., 20 Uhr

Kreishaus, 4. Stock

Klausurwochenende

Fr-So, 13.-15.11.

siehe Seite 7

Mitgliederabend

Di, 24.11., 20 Uhr

Kreishaus, 5. Stock

Distriktsvorstand

Di, 1.12., 20 Uhr

Kreishaus, 4. Stock

Weihnachtspause

Kontakte im Distrikt E-Süd

Distriktsvorsitzender

Oliver Trede

Email: tredeo@web.de

Tel.: 40195363

Stellv. Vorsitzende

Merle Vetterlein

Email: merlevetterlein@web.de

Kassiererin

Kristin Biesenbender

Email: kristin.biesenbender@web.de

Tel.: 46 06 94 90

Orga-Leiter

Pogo Pogorelec

Email: c.pogo@gmx.de

Arbeitskreis Grundsatzfragen & Anträge

Uwe Giffei

Email: ugiffei@web.de

Jusos

Zarif Ashraf

Moritz Altner (Juso-Plattform)

Email: zarif-ashraf@hotmail.de

Email: moritz.altner@gmx.de

Geburtstagswünsche

*Wir gratulieren zum Geburtstag im
September/Okttober und wünschen viel
Gesundheit:*

Jan Werner, Yannick Krautwurst, Johann-Sebastian Diemann, Michael Fuckner, Jakob Schellenberg, Friedemann Schreiter, Heike Meissner, Christian Grohgan, Martin Boneß, Kristin Biesenbender, Merle Vetterlein, Malte Weiß, Michael Schaaf, Boris Schiemzik, Annette Kersting, Susanne Hansen, Holger Schatz, Jörg Ungerer, Gerd Behrens, Torsten Sevecke, Katharina Dahrendorf, Eva Fritsch, Katrin Stolle, Christoph Drösser, Eckhard Schladt, Birgit Stürmer-Rangnick, Burkhard Kliche, Ingrid Maibaum, Adelia Schuldt, Angelika Mertens, Joachim Westphal, Peter Hagelstein, Hans-Werner Kienitz, Reinhard Voigt, Günter Hörmann, Joachim Pradel, Rosemarie Eckert-Homjakof, Clemens Preuschoff, Hans-Peter Jansen, Monika Justus, Rainer Albrecht, Wolfgang Meister, Fritz Steckelmann, Herbert Markmann, Clemens Janssen, Hans-Joachim Witte

Besondere Wünsche an: Elke Ruge zum 75. Geburtstag!

Steife Brise

Redaktion:
Oliver Trede &
Kristin Biesenbender

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1
20144 Hamburg

Vertrieb: Per Email oder Post

Druck: Copycardo, Aufl.: 140

www.spd-eimsbuettel-sued.de

Aussicht

Klausurwochenende Hitzacker: 13.-15. November 2015 (s.o.)

Weihnachtsfeier im Dezember

Erster Vorstand im Januar: 3.1.2016

Aus dem Distrikt: Anträge

Der Landesparteitag der SPD Hamburg am 19.9. verabschiedete unter anderem einen Antrag aus Eimsbüttel, den wir als SPD E-Süd initiiert hatten - im Wortlaut:

Die SPD setzt sich für eine gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer ein. Dadurch soll erreicht werden, dass das Steueraufkommen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer insgesamt substantiell erhöht wird. Eine Reform der Erbschaftssteuer muss größere und größte Erbschaften stärker bzw. überhaupt besteuern, zum Beispiel durch folgende Maßnahmen und Regelungen:

1. Die Erbschaft- und Schenkungssteuer besteuert den Gesamterwerb einer Person.
2. Besteuert wird der Vermögenszuwachs, unabhängig von der Art des Vermögens.
3. Pro Person wird ein Freibetrag von € 1 Millionen gewährt.
4. Der Steuersatz beginnt bei 15% und steigert sich linear bis 50% ab einem steuerpflichtigen Erwerb über € 20 Millionen.
5. Eine gerechte Besteuerung von Betriebsvermögen. Dabei soll entschieden werden, ob diese am Ertragswert (alternativ höherer Substanzwert) oder am Eigenkapital ansetzt.
6. a) Grundvermögen wird bei unbebauten Grundstücken mit dem Bodenwert, multipliziert mit den Quadratmetern bewertet. Der Bodenwert wird nach den Ansätzen der Bodenrichtwertstellen unterstellt. b) Bebaute Grundstücke werden nach dem Netto-Mietertrag per anno mit einem Vervielfältiger und unter Berücksichtigung eines Altersabschlages bewertet. Unterwert ist der Wert des unbebauten Grundstücks. c) Selbstgenutzte Grundstücke werden wie fremdvermietet Grundstücke bewertet, als Miete wird die ortsübliche Nettomiete unterstellt.
7. Im Falle der Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung bleibt das übertragene Stiftungsvermögen steuerfrei, sofern die Erträge zu 100% gemeinnützigen Zwecken dienen. Sofern dieser Zweck nicht erfüllt wird, ist anteilig auf das übertragene Vermögen 50% Steuer zu entrichten.
8. Die Erbschaft- und Schenkungssteuer kann auf Antrag auf 10 Jahre gestundet werden. Die Stundung wird zinslos gewährt, die Steuerschuld ist innerhalb dieser 10 Jahren in gleichen Raten zu zahlen, kann aber jederzeit auch abgelöst werden.
9. Die Erbschaft- und Schenkungssteuer kann auf Antrag auf 20 Jahre gestundet werden. Die Stundung wird von Beginn an verzinst mit 3% über dem Basiszinssatz bei erstmaliger Beantragung der Stundung. Die Steuerschuld ist innerhalb dieser 20 Jahre zuzüglich der jeweils anteiligen Zinsen in gleichen Raten zu zahlen. Vorzeitige Tilgungen sind jederzeit möglich.